

(Abgeordneter Dr. Kaiser.)

(A) beseitigen will, nicht die Torheit begehen soll, etwas zu tun, was schließlich nur jetzt für den Augenblick draußen im Lande einen guten Eindruck macht, sondern etwas tun soll, was auch geeignet ist, eine nachhaltige Besserung zu schaffen.

(Lebhafte Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Roth. — Er ist nicht da. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Müller (Zwickau).

Abgeordneter Müller (Zwickau): Meine Herren! Der Erfolg der nationalliberalen und konservativen Interpellationen ist zweifellos nach den lehrreichen Ausführungen unserer Kammerterrorismuspraktiker, der Herren Dr. Böhme und Schmidt. Die Arbeiterschaft nicht nur in Sachsen, sondern im ganzen Reiche wird keinen Augenblick im Zweifel darüber sein, was in Sachsen los ist und was Sie beabsichtigen. Wir werden uns darauf einzurichten wissen. Die Dinge können verlaufen, wie sie wollen, Sie werden uns jeden Augenblick gewappnet finden, das schicke ich voraus.

Meine Herren! Die beiden Reden des Herrn Abgeordneten Dr. Kaiser haben mich in der Auffassung bestärkt, daß sie sich von den beiden Artikeln des Oberverwaltungsgerichtsrates Blüher unter dem 27. September 1913 u. flg. im „Leipziger Tageblatt“ nur dadurch unterscheiden, daß Herr Dr. Blüher am letzten Ende etwas ehrlicher gewesen ist. Er hat keinen Zweifel darüber gelassen, wohin eigentlich nach nationalliberaler Auffassung die Reise gehen soll. Herr Dr. Blüher teilt nämlich auch im allgemeinen die Auffassung des Herrn Dr. Kaiser, insofern, als nach vielen Richtungen hin die tatkräftige Anwendung vorhandener Machtmittel gegen den sogenannten sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Terrorismus angewendet werden soll, und, wovon auch der Herr Abgeordnete Dr. Zöphel gesprochen hat, er versteht darunter erstens die Rechtsfähigkeit, d. h. die vermögensrechtliche Verantwortlichkeit der Berufsvereine — der Herr Präsident gestattet wohl, daß ich zitiere —

(Präsident: Wird gestattet.)

ferner die Ausgestaltung der Strafvorschriften wegen Nötigung und Bestrafung des politischen Boykotts. Das, meint Dr. Blüher, sind in der Hauptsache die Bestrebungen der nationalliberalen Partei und der Regierung in der Frage des Arbeitswilligenschutzes. Aber Herr Dr. Blüher geht — die Hauptsache hat Dr. Zöphel verschwiegen — noch einen kleinen Schritt weiter nach der Richtung hin, daß er meint, die Selbsthilfe der Unternehmer im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften, sei es durch gemeinsame Aussperrungen, sei es durch

Streikversicherungsverbände, sei es in anderer Weise, (C) werde immer die Hauptsache bleiben, und am letzten Ende kommt er zu der Auffassung, daß es notwendig sei, daß die Unternehmer ihr Schwergewicht darauf legen, daß sie vor allen Dingen versuchen müßten, in ihrem Betriebe das Übergewicht der frei organisierten Arbeiter zu vermindern. Das ist ungefähr die Auffassung, die, wenn auch noch schärfer, der Herr Abgeordnete Dr. Böhme und andere Herren von der konservativen Partei vertreten. Im übrigen waren die beiden Reden des Abgeordneten Dr. Kaiser nichts weiter als ein Abklatsch aus den Blüher'schen Artikeln, versehen mit juristischen Randbemerkungen, und nur Herr Dr. Zöphel hat sich krampfhaft bemüht, dieser Auffassung der nationalliberalen Partei eine schöne Seite abzugewinnen, einmal nach der Richtung hin, daß er sagt, den Nationalliberalen sei es, im Grunde genommen, nicht um eine neue gesetzliche Maßnahme gegen die organisierte Arbeiterschaft zu tun, sondern sie ständen auf dem Standpunkte der Selbsthilfe, also nach der Richtung hin, daß Gesetze nur wirksam angewendet werden sollen, um vor Ausschreitungen zu bewahren und im übrigen für den sozialen Frieden zu wirken. Inwieweit das möglich ist nach der Auffassung der Nationalliberalen, das will ich vorläufig dahingestellt sein lassen. Dr. Böhmes Ausführungen habe ich schon besser in einem Artikel vom 2. Dezember in den „Dresdner Nachrichten“ gelesen, und über die Bemerkungen des Herrn Kollegen Schmidt gehe ich einstweilen hinweg. Es wird sich schon Gelegenheit finden, darauf noch zurückzukommen, ebenso auf einige Bemerkungen des Herrn Dr. Schanz und des Herrn Ministers des Innern, der das chronische Malheur hat, falsch unterrichtet zu werden und falsch zu zitieren. Aber wenn sich der Herr Justizminister in der Rolle des Staatsanwalts gefiel und durch ein möglichst forsches Auftreten zeigen wollte: „Seht, was ich für ein schneidiger Kerl bin!“, so wird er mit dieser Pose im Lande nur wenig Verständnis finden, und das Vertrauen zur sächsischen Justiz wird keinesfalls gestärkt werden.

Gestatten Sie mir noch ein paar allgemeine Bemerkungen! In Berlin ist ein Institut für Arbeitsphysiologie im Entstehen begriffen, ein Institut, das sich mit der wissenschaftlichen Erforschung der menschlichen Arbeitskraft befaßt und Grundlagen schaffen will für Abwehrmaßnahmen zur Bekämpfung gesundheitlicher Schäden. Der Direktor des Physiologischen Instituts der Universität Berlin, Professor Rubener, hebt in einer Denkschrift hervor, daß dieses große Gebiet menschlicher Tätigkeit, bei der die hohe Arbeitsleistung immer mehr zurücktrete, und der Intellekt bei Überwachung und Leitung der Maschinen, die Aufmerksamkeit und Geschicklichkeit als entschiedene

(D)